

UND SONST SO?

Jenseits von Corona – was Europa bewegt

38: MR. MORAWIECKI GOES TO BRUSSELS

„Diskriminierendes Verhalten“, „Erpressung“, die „Pistole am Kopf“, „Dritter Weltkrieg“ gar! Die Vorwürfe des polnischen Premierministers Mateusz Morawiecki könnten nicht dramatischer klingen. Er wirft der Europäischen Union vor, Polen ungerecht zu behandeln und es in seinen Freiheiten zu beschränken.

WAS WAR GESCHEHEN?

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte der Disziplinarkammer des polnischen Verfassungsgerichts attestiert, gegen EU-Recht zu verstoßen. Die Strafen dieser Kammer richteten sich gegen Richter:innen. Die EU sah hierdurch die Unabhängigkeit des polnischen Justizsystems beeinträchtigt. Vor allem weil die Disziplinarkammer Richter:innen, die der regierenden Partei unliebsam geworden waren, entlassen konnte, wertete der EuGH deren Arbeit als Aufweichung der Gewaltenteilung. Die unabhängige und unparteiliche Arbeit der Gerichte sei hiermit unterwandert.

ESKALIEREN? DEESKALIEREN?

Wie zu erwarten war, entspannte auch ein provokanter Besuch des polnischen Premiers im Europäischen Parlament am 19. Oktober die Lage nicht. Im Gegenteil: Nur eine Woche später verhängt nun der EuGH eine Strafe von einer Million Euro gegen Polen. Täglich. Einer Eskalation des Streits ist damit sicher kein Einhalt geboten. Schon sprechen Fachleute von einem möglichen Austritt Polens aus der EU. Besonders tragisch erscheint dieser mögliche – und noch unter dem verbesserungswürdigen Begriff „Polexit“ gefasste – Schritt mit Blick auf die Zustimmung der Pol:innen zur Europäischen Union. Mehr als 80 Prozent der Menschen hier fühlen sich laut Umfragen als Bürgerinnen und Bürger der EU. Ein bemerkenswert großer Anteil von 74 Prozent (größer als in Deutschland) blickte noch 2019 voller Optimismus auf die Zukunft innerhalb der EU.



ZUKUNFT? UNGEWISS.

Wie es nun weitergeht, ist ungewiss. Die Opposition unter einem der Vorgänger von Morawiecki und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, ruft bereits zu Demonstrationen auf. Menschen gehen massiv auf die Straßen. Dies soll verdeutlichen, dass nicht Polen Partei im aktuellen Streit ist, sondern die polnische Regierung. Die wiederum sollte auch in dieser Krise nicht unterschätzt werden.

Auch bei der Phoenix-Runde war die EAB zu dem Thema „Streit mit Polen – Stresstest für die EU“ dabei!

SCAN ME!

